

---

Resolution zur kommunalen Finanzsituation

KSD 20090096

---

**A N T R A G**

Der Stadtrat möge die Resolution zur kommunalen Finanzsituation beschließen.

## **Resolution des Rates der Stadt Ludwigshafen am Rhein**

An die örtlichen Abgeordneten

- des rheinland-pfälzischen Landtages
- des Bundestages
- des Europäischen Parlaments

### **So darf es nicht weitergehen!**

Trotz der etwas gestiegenen Einnahmen in den letzten Jahren und der massiven Sparmaßnahmen Mitte der 90er-Jahre und erneut seit 2001 ist es uns in Ludwigshafen objektiv nicht möglich, den kommunalen Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen. Die Defizite summieren sich bis Ende dieses Jahres ohne Abschreibungen auf etwa 543,7 Mio. Euro zzgl. fast 400 Mio. Investitionsschulden. Sie werden zwar in Zukunft im Rahmen der Doppik nicht im Haushalt ausgewiesen, verringern dann aber Stück für Stück das Eigenkapital bis wir absehbar keines mehr haben! Die Stadt muss mithin ihren laufenden Aufwand, z. B. die Sozialtransfers, die Gehälter des Personals, Energiekosten oder Vereinszuschüsse usw. „auf Pump“ bezahlen. Wenn die Situation schon bisher so ist: Wie soll es in den nächsten Jahren, die uns nach der Finanzmarktkrise schlechtere Konjunkturaussichten bieten, überhaupt noch weitergehen?

Unsere Stadt ist in dieser schwierigen Situation nicht alleine. Alle großen Städte, sowie viele Gemeinden und Landkreise in Rheinland-Pfalz haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Auf alle Kommunen bezogen, trägt jeder Einwohner unseres Landes im Durchschnitt heute mehr als 800 Euro an kurzfristigen Schulden, Tendenz: steigend!

Das zeigt: Die Finanzstrukturen stimmen nicht mehr. Die immer wiederkehrende Formel, die Stadt möge bei den freiwilligen Aufgaben sparen, ist weder hilfreich noch sachgerecht. Unser Aufwand im freiwilligen Bereich (Vereinszuschüsse, Kultur, Theater, Museen, Förderung des Ehrenamtes usw.) beläuft sich gerade einmal auf etwa 14 % der Ausgabenansätze 2008, rund 86 % sind jedoch gesetzliche Pflichtausgaben, die wir leisten müssen, ob wir Geld haben oder nicht.

Was ist in dieser Situation die kommunale Selbstverwaltung noch wert, wenn sie auf den Vollzug von Aufgaben, die vom Staat auferlegt werden, reduziert wird?

Unsere Stadt hat viele Konsolidierungserfolge aufzuweisen. In den Jahren seit 2001 sind nochmals bis zu 40 Mio. Euro jährlich an Aufwand reduziert worden. Dies wird jedoch mehr als „aufgefressen“, durch

- steigende Sozial- und Jugendhilfeausgaben,
- geringere Erlöse städt. Unternehmen etc.,
- einen immer höheren Energie- und Sachaufwand,
- eine sich selbst beschleunigende Zinses – Zins-Spirale und
- höhere Tarifabschlüsse und höhere Personalkosten, vor allem im Bereich der Kindertagesstätten.

Die Folgen der Finanznot sind allenthalben zu erkennen: Unsere Infrastruktur, das wichtigste Gut, um den Menschen und der Wirtschaft in unserer Stadt zu dienen, verfällt. Unser Baubereich (Hoch- und Tiefbau), geht davon aus, dass wir einen Sanierungs- und Investitionsstau von etwa 250 - 300 Mio. Euro haben. Das kann auch dem Staat, also dem Bund und dem Land, nicht egal sein. Denn wenn die Infrastruktur immer schlechter wird, dann leidet auch die Attraktivität der Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort!

Deshalb sind die Politikerinnen und Politiker, die im Land, im Bund und in Europa Verantwortung tragen, aufgerufen, unserer Stadt und den vielen anderen Not leidenden Kommunen im Lande zu helfen. Dies können Sie tun, indem Sie

- unsere Einnahmen stärken, z. B. durch eine weitere Absenkung der Gewerbesteuerumlage oder eine spürbare Verbesserung der Leistungen im Finanzausgleich;
- unseren Aufwand reduzieren helfen durch den Verzicht auf Kosten treibende Standards, den Abbau verwaltungsaufwendiger Kontroll- und Meldepflichten oder die Straffung von Verwaltungsverfahren;
- und endlich aufhören, immer neue Aufgaben zu schaffen, die von den Kommunen erfüllt und bezahlt werden müssen. Das Konnexitätsprinzip (wer bestellt bezahlt) muss für alle gesetzgebenden Ebenen gelten.

Deutschland braucht starke Kommunen – nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch und vor allem im harten finanzwirtschaftlichen Alltag.

Wir appellieren deshalb an Bund und Land, an Sie sehr verehrte Abgeordnete: Unterstützen Sie unsere Stadt und die anderen Städte, damit wir und sie auch morgen noch liebens- und lebenswert sind. Was wir von Ihnen persönlich erwarten, ist: Bedenken Sie bei jeder

Entscheidung, welche Auswirkungen sich für die Stadt und die Kommunen ergeben können. Zur Hinterlegung und Erläuterung der Probleme dient bestens der für 2009 vorliegende Ergebnishaushalt und steht Ihnen die Stadtverwaltung jederzeit zur Verfügung. Das sollte auch der unsäglichlichen Gesetzeshektik, die keineswegs immer zu guten Ergebnissen führt, entgegenwirken!

Der Staat, oder konkreter, die Kommunen, können vor Ort nicht alle gesellschaftlichen Probleme überwiegend alleine lösen.

Gerade eine Industriestadt wie Ludwigshafen, die eine hohe steuerliche Wertschöpfung für Bund und Land hat, darf nicht dauerdefizitär sein.

Sie verliert nicht nur die eigene Kraft, sondern schrittweise auch die Kraft für das Umland und die Region.